



Bundes- tags- brief



DEUTSCHER BUNDESTAG
**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222
Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Nr. 78 • Die Woche im Bundestag • 02.07.2010

Christian Wulff als 10. Bundespräsident vereidigt

In dieser Woche ist die 14. Bundesversammlung zur Wahl eines neuen Bundespräsidenten zusammengetreten.

Der von Union und FDP für das Amt des Bundespräsidenten nominierte Kandidat, der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff, hat in den letzten Wochen in einer Reihe von Auftritten, so bspw. in den Fraktionssitzungen von Union und FDP, in überzeugender Weise für seine Person und seine Anliegen geworben.

Er konnte dabei unter Beweis stellen, dass er die Fähigkeit besitzt, den Menschen in unserem Land Mut zu machen, ihnen Optimismus zu schenken, sie zu Engagement zu motivieren und diesem Engagement auch Anerkennung zu verschaffen.

Wir sind stolz darauf, dass Christian Wulff nun am Mittwoch zum 10. Bundespräsidenten mit absoluter Mehrheit gewählt worden ist.

Gerade auf der Grundlage seines festgefügteten Wertefundamentes wird es ihm möglich sein, Brücken zu bauen und die Menschen zusammenzuführen.

G-20-Gipfel: Industrieländer wollen Defizite halbieren.

Am vergangenen Wochenende haben sich die G-20-Staaten in Toronto zu einer umfassenden Konsolidierung ihrer Haushalte verpflichtet:

Die entwickelten Industrieländer sollen bis zum Jahr 2013 ihre Defizite halbieren und bis zum Jahr 2016 mit dem Schuldenabbau beginnen.

Dieses Verhandlungsergebnis ist gerade mit Blick auf die überaus kontroverse Diskussion im

Vorfeld des Gipfels auch ein ganz persönlicher Erfolg unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel.

In der Debatte um die Konsolidierungspolitik hat sich die deutsche und europäische Linie in Toronto durchgesetzt.

Leider ist es den europäischen Gipfelteilnehmern nicht gelungen, beim Thema Finanzmarktsteuer eine Einigung auf der Ebene der G 20 zu erreichen.

Obwohl Deutschland nichts unversucht gelassen und hartnäckig für eine Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Krise geworben hat, war es nicht möglich, sich auf entsprechende Maßnahmen zu verständigen.

Weder konnte man sich in Toronto auf die globale Einführung einer Finanztransaktionssteuer noch auf eine Bankenabgabe einigen. Europa muss nun alleine voranschreiten und sich einen Ordnungsrahmen geben, der die Banken in die Verantwortung nimmt.

Die Bundesregierung hat in diesem Zusammenhang schon Ende März Eckpunkte für eine Bankenabgabe beschlossen. Ein entsprechender Gesetzentwurf soll vom Kabinett noch vor der Sommerpause verabschiedet werden.

Sozialdemokratischer Wahlbetrug

Nach Andrea Ypsilanti in Hessen demonstriert nun auch Hannelore Kraft in Nordrhein-Westfalen, wie glaubwürdig sozialdemokratische Wahlversprechen sind:

Unter Bruch aller vor der Wahl abgegebenen Beteuerungen wollen die Sozialdemokraten in

NRW eine Minderheitsregierung bilden, die sich im Landtag auf die Linkspartei stützen muss.

In puncto Wahlbetrug stehen auch die Grünen den Sozialdemokraten in nichts nach. Obwohl ein Parteitag vor der Landtagswahl eine Minderheitsregierung noch kategorisch ausgeschlossen hatte, drängen die Grünen nun auf den raschen Abschluss eines solchen Bündnisses.

Um eine stabile Regierung zu bilden, ist die CDU in NRW den Sozialdemokraten in den Sondierungsgesprächen weit entgegengekommen – Frau Kraft macht sich jedoch lieber von den Wünschen einer extremistischen Partei abhängig, die nun im Landtag alles fordern kann und zu nichts verpflichtet ist.

Ländervergleich benotet Bildungspolitik der Unionsländer mit „sehr gut“

Erfreut haben wir in der vergangenen Woche die Resultate des ersten Ländervergleichs zur Überprüfung der Schülerleistungen der neunten Jahrgangsstufe in den Fächern Deutsch, Englisch und Französisch zur Kenntnis genommen:

Abermals belegen Bayern und Baden-Württemberg in allen, Hessen und Sachsen in vielen Kompetenzbereichen Spitzenplätze, während Berlin, Bremen und Brandenburg durchweg miserabel abschneiden.

Oftmals beträgt der Rückstand von Schülern aus Berlin, Bremen und Brandenburg auf Schüler aus Bayern und Baden-Württemberg mehr als ein ganzes Schuljahr.

Besonders stolz macht uns, dass in den Unionsländern auch Kinder mit Migrationshintergrund die besten Resultate erzielt haben.

Der Ländervergleich macht einmal mehr deutlich: Mit einer Bildungspolitik, die auf Leistung und Differenzierung setzt, hat die Union das richtige Konzept, um allen Kindern eine Chance auf Teilhabe zu geben.

Bildung ist der Schlüssel für Arbeit, Einkommenssicherung und sozialen Aufstieg. Sie ist Sozialpolitik im besten Sinne!

Dagegen sind die auf linker Seite geführten Diskussionen über eine Einheitsschule ideologische

Grabenkämpfe, die den Schülerinnen und Schülern nicht helfen.

Unternehmen sind optimistisch.

Die deutschen Unternehmen schätzen ihre aktuelle Geschäftssituation im Juni zum vierten Mal in Folge besser ein als noch im Vormonat. Der Ifo-Geschäftsklimaindex ist damit im Juni auf 101,8 Punkte gestiegen.

Nach einer neuen Prognose der Bundesbank wird die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr voraussichtlich um zwei Prozent wachsen.

Aufgrund sehr guter Exportmöglichkeiten beabsichtigen unsere Unternehmen, ihre Mitarbeiterzahl nahezu unverändert beizubehalten. Die Dienstleistungsbranche plant sogar, Beschäftigung aufzubauen.

Die Entwicklung des Geschäftsklimaindex und die Prognose der Bundesbank belegen eindrucksvoll, dass wir mit unseren Konjunkturprogrammen, dem Deutschlandfonds und einer soliden Finanzpolitik den richtigen Weg eingeschlagen haben.

(Quelle: Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung und Deutsche Bundesbank)

Durchschnittliche Arbeitszeit nimmt wieder zu.

Im ersten Quartal 2010 hat die durchschnittliche Arbeitszeit erstmals seit Beginn der großen Rezession wieder spürbar zugenommen:

In den Monaten Januar - März lag sie mit 358,5 Arbeitsstunden um 4,5 Stunden oder 1,3 Prozent höher als noch im Jahr zuvor. Seine Ursache hat dieser Anstieg insbesondere in der sinkenden Zahl der Kurzarbeiter und in einem steigenden Anfall an Überstunden.

So ging die Zahl der Kurzarbeiter im Monatsdurchschnitt des ersten Quartals um rund 50.000 Personen auf 933.000 zurück, während die Zahl der wöchentlich geleisteten bezahlten Überstunden um 0,15 gegenüber dem Vorjahr stieg.

(Quelle: Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung)